



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ein arbeitsreiches Jahr neigt sich langsam dem Ende zu. Bei den zurückliegenden Bürgermeister- und Landratswahlen im September gab es Licht und Schatten. Wir konnten uns über großartige Erfolge freuen, etwa in Krefeld, Leverkusen, Neuss, Solingen oder Wuppertal – und nicht zu vergessen, über zwei neue Landräte in Herford und Lippe. Gleichzeitig haben wir aber auch Niederlagen erlitten, z. B. in Oberhausen, Essen oder Bonn.

Sorge macht uns allen die teils dramatisch eingebrochene Wahlbeteiligung. Die Entkopplung der Bürgermeisterwahlen war eine der grandiosen Fehlleistungen der schwarzgelben Vorgängerregierung. Wir haben diesen Fehler korrigiert. Mit der Zusammenlegung von Bürgermeister- und Ratswahlen ab 2020 werden wir die kommunale Demokratie stärken. Das allein wird aber nicht reichen. Unsere Demokratie dauerhaft zu festigen und zu beleben, ist eine Aufgabe, bei der wir alle gefordert sind. Wir als NRWSPD haben mit unserem „Fundament stärken“-Prozess diese Aufgabe angenommen und werden – auch im Austausch mit den anderen demokratischen Parteien – darüber sprechen, wie wir unsere Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver machen können.

Die Digitalisierung ist eines der großen inhaltlichen Themen, das uns weiterhin intensiv beschäftigen wird, zuletzt beim Zukunftskonvent in Oberhausen. Sie eröffnet gerade uns in NRW nicht nur Chancen für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze, sondern auch Perspektiven für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit. Dabei geht es aber gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die Frage, wie Gute Arbeit auf Dauer gesichert werden kann. Bei diesem großen Veränderungsprozess müssen die Menschen im Mittelpunkt des politischen Handelns bleiben.

Nordrhein-Westfalen bietet ein exzellentes Gründerklima für innovative Start-Ups. Wir sind das Industrieland Nummer Eins und ganz vorn bei der Umsetzung von Innovationen: Bei uns ist die Vernetzung realer und virtueller Produktionen nicht die Zukunft, sondern bereits Gegenwart. Wir sind aber auch ein wichtiger Forschungsstandort und führend auf dem Gebiet der IT-Sicherheit. Eines der bundesweit fünf Kompetenzzentren für den Mittelstand 4.0 wird bei uns in NRW entstehen. Das unterstreicht unsere Leistungskraft bei digitalen Lösungen.

Eine wichtige Grundlage für die Digitalisierung ist die Versorgung mit schnellem Internet. Wir wollen, dass NRW bei der Breitbandversorgung auf dem ersten Platz unter den deutschen Flächenländern bleibt und bis Ende 2018 flächendeckend Anschlüsse mit schnellem Internet anbietet. Dafür setzen wir bis 2018 rund eine halbe Milliarde Euro ein.

Wir investieren weiterhin in die Köpfe unserer Kinder. Auch wenn die Maschinen immer intelligenter werden, sollten wir daraus wirklich nicht den Schluss ziehen, wir könnten es uns leisten, nun ein wenig dümmer zu werden. Wir wollen immer einen Schritt voraus sein und laden deshalb im Frühling des kommenden Jahres zu einem großen Bildungskongress mit dem Schwerpunkt Digitalisierung ein. Jetzt startet ein Dialogprozess auf der Online-Plattform www.bildungviernull.nrw, auf der sich jeder beteiligen kann. Dabei geht es uns um die gesamte Bildungskette: von der frühkindlichen Bildung über die „digitale Schule“, das Lernen an der Hochschule, bis hin zu der Frage, wie Berufsausbildung und Weiterbildung in Zeiten der Digitalisierung gestaltet werden können – mit dem Ziel, ein Leitbild für das Lernen im digitalen Wandel zu formulieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich ganz herzlich bei Euch allen für die Unterstützung in diesem Jahr bedanken. Denn Ihr seid die Basis unseres gemeinsamen Erfolges. Lasst uns weiterhin mutig und mit großer Geschlossenheit für unsere Ziele kämpfen. Mit Eurer Hilfe werden wir unser Land auch im kommenden Jahr Stück für Stück stärker, sozialer und gerechter machen. Ich wünsche Euch, Euren Familien und Freunden von ganzem Herzen eine friedliche und besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2016!

Eure Hannelore

ÜBER 600 KILOMETER ENTFERNUNG DIE STRIPPEN ZIEHEN

Ein neuer Minister im Landeskabinett, ein neuer Landesgruppenchef – wir haben **Franz-Josef Lersch-Mense** und **Achim Post** interviewt und mit ihnen über die aktuellen Entwicklungen im Land, im Bund und in Europa gesprochen.



Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Foto: Land NRW/M. Hermenau

Franz-Josef, welche Aufgaben hat ein Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und was macht ein Landesgruppenvorsitzender, Achim?

Franz-Josef Lersch-Mense: Diese Aufgabe ist sehr vielfältig. Sie reicht – um nur schlaglichtartig einige Themen zu nennen – von den Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn über die Mediengesetzgebung, Nachhaltigkeits- und Eine-Welt-Fragen bis hin zu im Grunde allen bundespolitisch relevanten Themen, mit denen wir als Länder im Bundesrat zu tun haben.

Achim Post: Ich kümmere mich zusammen mit allen SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW vor allem um eins: In Berlin wollen wir möglichst viele Entscheidungen im Sinne unseres Bundeslandes beeinflussen. Als die mit Abstand größte Landesgruppe in der Bundestagsfraktion wird auch uns nichts geschenkt. Für unsere Interessen müssen wir Tag für Tag streiten.

Ihr pendelt oft zwischen NRW und Berlin, was sind die größten Unterschiede im Politikbetrieb zwischen dem Land und dem Bund?

Lersch-Mense: In Berlin werden viele Themen eher abstrakt behandelt, es geht um Zahlen, um Pauschalen. Auf Landesebene kommt dann der Alltagstest. Welche Auswirkung hat diese oder jene Entscheidung konkret? Hier treffen wir auf die unmittelbar Betroffenen und diskutieren mit Bürgerinnen und Bürgern direkt. Der Politikbetrieb in Berlin kommuniziert dagegen häufig nur mit Verbandsvertretern.

Post: Der größte Unterschied ist wahrscheinlich der Grad der Aufgeregtheit. In Berlin werden Politik und politische Diskussionen deutlich stärker personalisiert und häufig skandalisiert. Der beste Unterschied ist natürlich die Regierungskonstellation. Bei uns in NRW stellen wir in einer rot-grünen Koalition mit Hannelore Kraft die Ministerpräsidentin. Eins allerdings gilt für Düsseldorf und Berlin: Es ist besser, wenn die Sozialdemokratie regiert.

Europa ist euch beiden wichtig. Das Bild des Kontinents hat zuletzt Schrammen abbekommen. Wie schafft Europa wieder ein positiveres Bild von sich selbst?

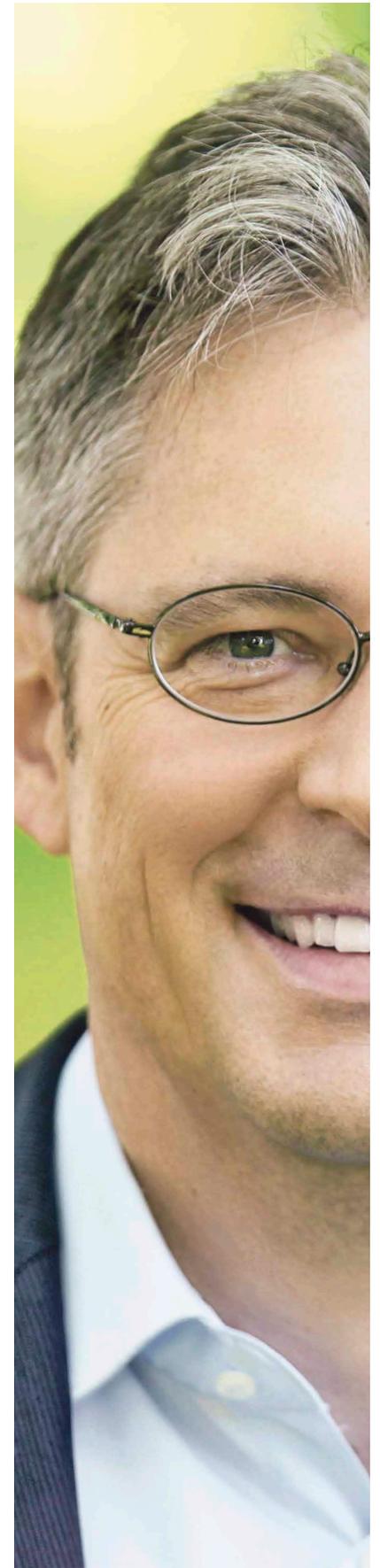
Lersch-Mense: Wir müssen akzeptieren, dass bei 28 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Interessen, geschichtlichen Erfahrungen und politischen Kulturen, Einigungsprozesse mühsam und langwierig sind. Aber gerade die Flüchtlingskrise zeigt doch, dass eine Rückkehr zu nationalstaatlichen, unkoordinierten Entscheidungen Probleme eher vergrößert. Gute Problemlösungen wird es nur durch gemeinsames europäisches Handeln geben. Ich bin zuversichtlich, dass Europa auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen wird.

Post: Wenn das Bild Europas nur Schrammen bekommen hätte, wäre alles halb so schlimm. Der Zusammenhalt Europas war noch nie so gefährdet wie heute. Die EU ist seit langem im Krisenmodus – Terrorismus, Banken, Ukraine, Griechenland, Flüchtlinge. Dabei ist für uns in Deutschland und in NRW klar, dass wir ein handlungsfähiges und solidarisches Europa brauchen. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Deshalb brauchen wir auch eine humane und eine europäische Flüchtlingspolitik.

Rechte Parteien haben bei den letzten Wahlen in unseren europäischen Nachbarländern stark zugelegt. Wie können wir diesen Trend stoppen?

Lersch-Mense: Wir müssen deutlich machen, dass Hass keine Alternative ist. Damit rechte Parolen bei uns nicht verfangen, müssen wir immer wieder Fakten den Vorurteilen gegenüberstellen und klar machen, dass es niemandem hilft, diffuse Ängste zu schüren. Und wir müssen Hetze und Gewalt mit allen Waffen des Rechtsstaates bekämpfen.

Post: Zweierlei ist besonders wichtig, um demokratische Kräfte zu stärken: Erstens müssen demokratische Parteien in Deutschland und Europa sehr grundsätzlich beschreiben, was Europa ist – die politische Antwort auf Nationalismus, Rassismus und Krieg. Das ist nicht nur die Antwort auf das Jahr 1945, sondern auch für das Jahr 2015. Zweitens müssen demokratische Parteien in Deutschland und Europa sehr konkret sagen und zeigen, wie politische Lösungen aussehen können. Die Feinde der Demokratie sind jedenfalls nicht an Lösungen interessiert, sondern an der Zerstörung unserer Demokratie. ■



Achim Post, MdB, Vorsitzender der NRWSPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

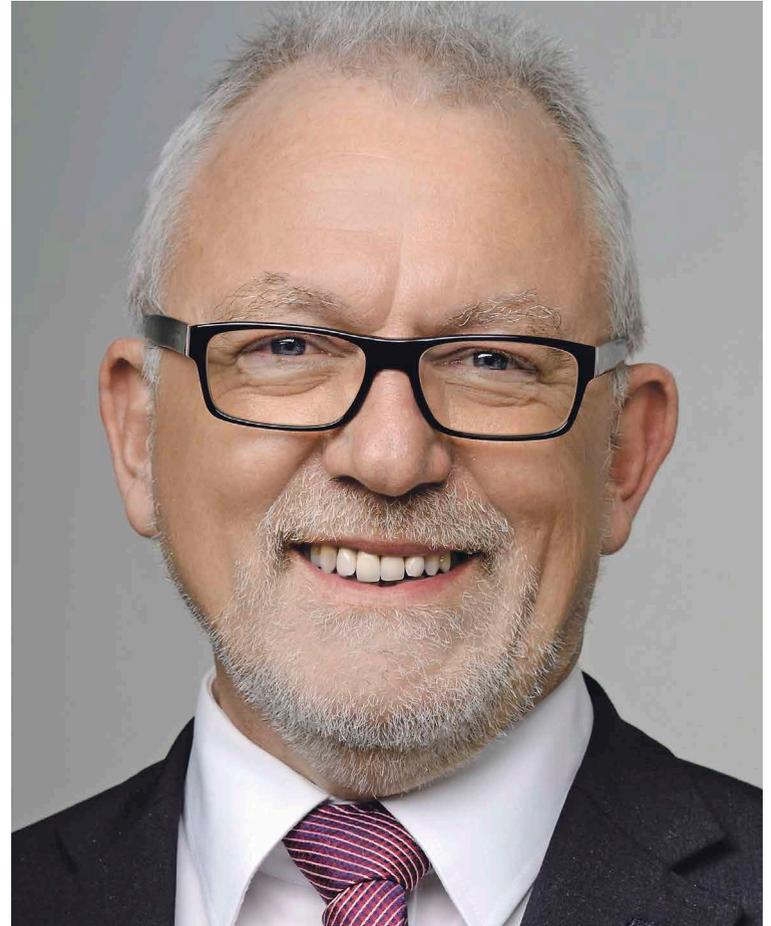
EINE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

Namensbeitrag von **Wolfgang Hellmich**, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, zur Wohnversorgung Geflüchteter.

Der Bundeswehr kommt bei der Bewältigung der Flüchtlingsversorgung eine wichtige Rolle zu. Die Frage der Unterbringung der Geflüchteten führt insbesondere auf kommunaler Ebene zu einer immensen Mehrbelastung. Vor diesem Hintergrund hat die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe (Art. 35 Abs. 1 Grundgesetz) bereits einen bedeutenden Beitrag geleistet. Täglich sind bis zu 8.000 Angehörige der Streitkräfte mit Aufgaben der Flüchtlingsversorgung betraut, wovon einige direkt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterstellt sind. Dort unterstützen sie das Personal bei der Bearbeitung von Asylanträgen und der Registrierung von Flüchtlingen. Für die dauerhafte Flüchtlingshilfe durch die Bundeswehr müssen eine eventuelle Reaktivierung von Kräften im Ruhestand und die Aussetzung der Zuverdienstgrenzen für ebene Kräfte geprüft werden.

Bisher konnten 76 Liegenschaften der Bundeswehr, welche momentan nicht für militärische Zwecke genutzt werden, zur Flüchtlingsunterbringung freigegeben werden. Es wurden so bereits 34.000 Plätze gebilligt, weitere befinden sich in Prüfung. Neben der Unterbringung stellt die Truppe auch eine umfangreiche Infrastruktur bereit. Dazu gehören Röntgengeräte zur medizinischen Erstversorgung, mobile Sanitätseinrichtungen und Duschen, Zelte, Betten sowie Busse. Die schnellen Unterstützungskräfte, welche von den Ländern kurzfristig angefordert werden können und von denen in den letzten Wochen etwa 500 abgerufen wurden, sind auf 1.000 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt worden.

In Nordrhein-Westfalen sollen Bundeswehrstandorte in Düsseldorf, Kerpen, Mechernich und Köln ausschließlich zur Flüchtlingsunterbringung genutzt werden. In Staumühle, Eschweiler, Aachen, Geilenkirchen, Münster, Ahlen, Minden und Augustdorf ist eine Mitbenutzung vorgesehen. Eine sanitätsdienstliche Unterstützung wird in Kleve, Schloss Holte-Stukenbrock und Ahlen bereitgestellt. Seit Mitte November bereitet die Bundeswehr in ihrem Zentrum „Innere Führung der Bundeswehr“ in Koblenz mit speziellen Lehrgängen nun sogar gezielt eigene Führungskräfte auf den Einsatz in der Flüchtlingshilfe vor. ■





ZUKUNFTS#KONVENT15: DIGITALISIERUNG MADE IN NRW

Autos, die mit Wäschetrocknern kommunizieren. Mähdrescher, die durch Satelliten gesteuert werden. Rasierer, die ihren Klingennachschub selbst bestellen. Alles Zukunftsmusik? Nein! Die Digitalisierung ist längst Realität. Jetzt gilt es, diese zu fördern und gleichzeitig menschenwürdig zu gestalten. Wie das geschehen kann, darüber diskutierten die TeilnehmerInnen unseres Zukunftskonvents in Oberhausen. Hannelore Kraft berichtete auf dem Podium von ihrer Sommertour „NRW 4.0“, bei der sie Unternehmen mit Zukunftstechnologien besucht hatte. Von Wirt-

schaftsminister Garrelt Duin erfuhren die über 400 Gäste, mit welcher Strategie die Landesregierung künftig die Digitalisierung unterstützen wird. Anschließend beleuchtete Arbeitsminister Rainer Schmelzter auf dem Podium die arbeitsrechtlichen Herausforderungen der Wirtschaft 4.0. Nach einer kurzen Stärkung mit Currywurst und Suppe ging es in die thematischen Foren. Wie entwickelt sich die Industrie 4.0 und wie muss die Wirtschaftspolitik an den digitalen Wandel angepasst werden? Umrahmt von alten Industrieanlagen diskutierten ExpertInnen aus Wirtschaft, Forschung und Politik über zwei Stunden diese und andere Themen und gingen dabei auch auf zahlreiche Publikumsfragen ein. Mit diesem Zukunftskonvent ist das Thema Digitalisierung für die NRWSPD aber nicht abgeschlossen – es geht ambitioniert weiter. Die Ergebnisse der Foren dienen der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Technologie“ im Landesvorstand als Input für einen Leitantrag zum Landesparteitag im kommenden Jahr. ■

WORKSHOPS FÜR MITGLIEDER- UND BILDUNGSARBEIT: ZWEI SEITEN, GLEICHE MEDAILLE

Bildungs- und Mitgliederarbeit sind Kernaufgaben, die Hand in Hand gehen müssen – da waren sich 70 Genossinnen und Genossen am 31.10. in

Oberhausen einig. Im Rahmen zweier Workshops diskutierten Mitglieder- und Bildungsbeauftragte der NRWSPD in der Luise-Alberts-Halle über ihre Aufgaben und künftige Herausforderungen.

Bildungsarbeit macht Spaß. Sie ist anstrengend und wichtig. Allerdings sind die Herausforderungen und Bedürfnisse in den 54 Unterbezirken sehr unterschiedlich. Von der Personalentwicklung über inhaltliche Angebote in verschiedenen Politikfeldern bis zu Kompetenztraining und neuen Moderationsmethoden. Nur durch gezielte Bildungsangebote können die Mitglieder sowie Funktions- und Mandatsträger so gestärkt werden, dass sie sich gut politisch einbringen können und die Politik aktiv gestalten können. Die Bildungsbeauftragten möchten genau hier ihre Arbeit verstärken. Auch die Mitgliederbeauftragten der NRWSPD diskutierten über ihre Arbeit und Aufgaben. Nach kurzen Präsentationen zu Beginn (unter anderem durch Thorsten Klute, dem Mitgliederbeauftragten der NRWSPD) wurde sich beim Workshop über Standards für Eintritte und Umzüge ausgetauscht. In ganz NRW gibt es erfolgreiche Beispiele der Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung, die Mut für die zahlenmäßige Entwicklung machen. Sie zeigen: Werbung und Bindung müssen überall Schwerpunkte der Ortsvereinsarbeit sein. ■



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

André Stinka
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

REDAKTION:

Christian Obrok, Marcel Atoui,
Sabrina Störkel, Jonas Banken

E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET: www.nrwspd.de